„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Verlandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835–1837 Halifax St. Regina, Sask.

'Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. Februar 1923 | 12 Seiten | Nummer 16

Saskatchewan Legislatur

Während der Debatte zur Thronrede hielt auch der neue Vertreter des Wahlkreises Regina, Herr McRiven, seine Jungfernrede. Er sprach in warm anerkannter Weise über seinen Vorgänger, den früheren Premierminister Richter Wm. M. Martin und führte dann aus, daß auch Hon. Chas. H. Dunning dasselbe Vertrauen des Volkes habe, wie die fünf Nachwahlen, die alle von der Regierung gewonnen worden seien, bewiesen hätten. Premier Dunning sei ein Mann großen sittlichen Ernstes, großen persönlichen Mutes und starker, rastloser Energie — Eigenschaften, die ihn für seinen schweren Posten besonders geeignet machten. Eins der größten Probleme des Landes sei immer noch das Bahnproblem — die Verluste der C. N. R. kehrten alljährlich wieder — aber er wolle darauf hinweisen, daß diese Betriebsverluste auf den östlichen Linien gemacht würden — im Westen machten sowohl die C.N.R. wie die C.P.R. Linie sich bezahlt. Die durch das Crows Nest Paß Agreement herabgesetzten Frachtraten auf Getreide seien leider wieder durch übermäßig hohe Schiffsfrachten auf den Großen Seen verloren gegangen und er hoffe, daß die Landes-Regierung diesen Zuständen ein Ende mache. Der Westen leide immer noch an dem Uebel der „Saisonarbeit" und müßte alles getan werden, die Industrie des Landes aufzubauen, sodaß unsere Bevölkerung sowohl im Winter als im Sommer voll beschäftigt ist. Zu diesem Zweck müßten wir alle unsere natürlichen Hilfsquellen voller entwickeln. Henry Ford habe kürzlich einen Plan entwickelt, wie man Kohle an den Minen direkt in elektrische Kraft umsetzen und dann diese Kraft durch Drähte über das ganze Land nutzbar machen könnte. „Wenn der Ford Plan sich verwirklichen läßt, haben wir eine wunderbar Kraftquelle in dem Braunkohlendistrikt von Estevan mit seinen 50 Milliarden Tonnen Kohlen".

Er wies dann auf andere reiche Mineralreichtümer im ganzen Lande hin und sagte, wenn diese mehr entwickelt und industriell verwendet würden, würden wir auch auch noch Einwanderer bekommen und besser imstande sein, die Bevölkerung im Lande zu halten. Er sprach dann noch zugunsten der Fertigstellung der Hudson Bay Bahn und meinte, der Osten solle endlich die Opposition dagegen aufgeben, gegen den er immer gearbeitet habe. Es sei ja noch garnicht solange her, als eine Deputation aus dem Osten Canadas dem britischen Parlament die „Aufklärung" gegeben habe, daß „der Westen nichts sei als ein kaltes, ödes Land, bedeckt mit Schnee und Eis, nicht für Landwirtschaft geeignet und nur passend passend für eine Reserve für pelztragendes Getier."

Volk ist zufrieden

Herr F. R. Shortreed, Abgeordneter des Distrikts Happyland, wo er letzten Sommer durch das starke deutsche Votum gewählt wurde, sagte im weiteren Verlauf der Debatte, daß die Resultate der Nachwahlen ein Beweis dafür seien, daß die Bewohner der Provinz mit der Regierung vollkommen zufrieden seien. „In den fünf Nachwahlen wurden drei Minister ohne Wahlkampf gewählt und nur in meinem Wahlkreis fand ein wirklicher Kontest statt. Der Mann, der gegen mich aufgestellt wurde war ein Organisator der Progressiven." Es sei heute nicht die Zeit für pessimistische Kopfhängerei, sagte Redner und zeigte an Hand von Zahlen, daß die Ernte letztes Jahr eine besonders gute war. Es sei wahr, daß die Leute in dem letzten Jahrzehnt, namentlich in den Kriegsjahren, schwer in Schulden geraten seien, aber sie übten jetzt im Allgemeinen große Sparsamkeit und kämen nach und nach wieder „auf die Füße". Er kam dann auf das Vorgehen der Gläubiger seit letzten Herbst und meinte, daß es gut gewesen sei, daß der Premier diesen Leuten die Warnung habe zugehen lassen, mit den Schuldnern gelinder zu verfahren. Er habe die Frage ziemlich eingehend studiert und wenn die betreffende Vorlage zur Verhandlung komme, würde er bestimmte Vorschläge zu machen haben.

Mehr Bahnlinien nötig.

Die große Ernte habe wieder bewiesen, daß wir mehr Bahnlinien benötigten. Das sei vor allem der Fall im Happyland Distrikt. Die Empreß Linie der C.P.R. gehe nahe an der nördlichen Grenze seines Wahlkreises entlang. Im südlichen Teil des Kreises aber sei keine Bahn und die Farmer müßten ihr Getreide von 30 bis 40 Meilen weit in die Stadt bringen. Solche Zustände seien unhaltbar. Der Premier habe dem Präsidenten der C.N.R. die Notwendigkeit weiterer Bahnbauten ans Herz gelegt und er hoffe, er werde auch in die C.P.R. dringen, doch sobald wie möglich eine neue Linie durch den Happyland Distrikt zu bauen.

Redner meinte weiter, daß das Bureau für Schuldenzahlung (Debt Adjustment Bureau) den Farmern gute Dienste erwiesen habe und führte eine große Anzahl Fälle an, in welchen das Bureau als Vermittler zwischen Gläubiger und Schuldner fungierte. Zum Schluß wies er auf die große Arbeit und die hervorragenden Erfolge der Provinz Regierung in den letzten Jahren hin und meinte, daß das Volk der Regierung auch weiterhin getrost und zuversichtlich sein Vertrauen schenken könne.

Im Verlauf der Debatte zur Thronrede nahm Hon. J. A. Maharg,

Der Oppositionsführer

das Wort und sagte, daß die Thronrede doch im allgemeinen das Programm angebe für geplante Gesetze, aber diesmal enthalte sie so gut wie nichts in dieser Richtung. Er tadelte die Regierung darüber, daß sie offenbar einen neuen Ministerposten für öffentliche Gesundheitspflege schaffen wollte und meinte, daß bei den gegenwärtigen schlechten Geldverhältnissen eine solche Ausgabe nicht angebracht sei, obgleich er ja auch dafür sei, daß die Schwindsucht und andere gefährliche Krankheiten ernstlich bekämpft werden müßten. Er lobte die Regierung für die Ankündigung einer Gesetzvorlage, welche Kinder von verarmten Eltern für Pflege und Erhaltung derselben verantwortlich macht und meinte, ein solches Gesetz hätte schon lange angenommen werden sollen.

Er tadelte die Regierung, daß sie soviel Geld ausgegeben habe in Verbindung mit der Braunkohlen-Briquett-Fabrik bei Estevan, ohne offenbar bedeutende Erfolge erzielt zu haben. Auf jeden Fall müsse die Legislatur über den Stand dieser Sache unterrichtet werden und wenn die Fabrik kein brauchbares Produkt zu mäßigen Preisen hervorbringen könne, so müßten andere Methoden zur Ausnutzung der großen Braunkohlenlager versucht werden.

Es seien, so führte er weiter aus, Berichte durch die Tagespresse gegangen, daß die Regierung der Western Canada Colonisation Associatin Geldunterstützung gegeben habe. Sollte das der Fall sein, so hoffe er, daß die Regierung genügend Vorsicht habe walten lassen. Während wir sicher neue Einwanderer brauchten, sei es absolut notwendig, daß wir unsere Bewohner zunächst einmal im Lande hielten. Es scheine ihm, daß die Dominion-Regierung am Ende ihrer Weis heit in der Einwanderungsfrage sei. Was obengenannte Assoziation angeht, so meinte Mabarg, daß sie sich mit großen Plänen angekündigt habe „daß sie unsere Prärien mit vielen Neuankömmlingen besiedeln und viele Fabriken wie über Nacht schaffen werde, daß wir aber bis jetzt noch keinerlei Erfolge sehen könnten."

Er wies dann noch darauf hin, daß die Herabsetzung der Bahnfrachtraten durch Wiedereinführung des Crows Nest Agreement sicher ebensosehr das Verdienst der Progressiven sei, wie das der Liberalen. Die Ursache sei eben, daß „das gewöhnliche Volk jetzt besser in Ottawa vertreten sei als je vorher."

Grain Growers und Politik

Herr Maharg griff dann den Premierminister Dunnng an, weil dieser sich verschiedentlich dahin ausgesprochen habe, daß die Führer der Vereinigten Farmer mit Gewalt die Grain Growers Association in die Politik hineingezogen habe um des persönlichen Ehrgeizes dieser Führer willen. „Es scheint, als wolle man mich damit angreifen", sagte er, „aber wenn man mich beschuldigt, die Grain Growers mit Gewalt in die Politik zu zerren, so kennt man entweder die Tatsachen nicht oder man macht absichtlich falsche Behauptungen. Diese Stellungnahme der Regierung gegen die Opposition datiere von der Zeit der Nachwahl im Happyland Distrikt."

Was ihn selbst anbetreffe, so sei er Oppositionsführer und Abgeordneter und auch Präsident der Grain Growers Association. Aber damit sei nicht gesagt, daß er die Farmer-Vereinigung in die Politik hineinziehe. Er sei in der Politik das, was er immer gewesen: ein Vertreter der Farmer; dasselbe sei er auch gewesen, als er in der Martin-Regierung eine Ministerposten bekleidet habe.

Darauf nahm

Premier-Minister

Hon. Chas. H. Dunning das Wort. Nach einigen scharfen Bemerkungen gegen den Vertreter des Wahlkreises

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Die Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet

Je schroffer und gewalttätiger die Franzosen auftreten, desto einiger und zäher werden Deutsche im Widerstande.

Deutsche versenken zwei beladene Barken im Rhein-Herne Kanal

Paris, 20. Febr. — Eine „Sabotageabteilung" versenkte im Rhein-Herne Kanal zwei Boote, wodurch er versperrt wurde. Nach einer Düsseldorfer Depesche haben die französischen Behörden Beweise, daß die Berliner Regierung das Vorgehen befohlen hat. Französische Behörden beabsichtigen jetzt alle deutschen Polizisten in der Ruhr Gegend zu entwaffnen und zu entlassen.

Bombenwurf in Essen

Düsseldorf, 20. Febr. — Bombenwürfe und ernste Fälle von Eigentumszerstörung kamen während der Nacht im Ruhr Tal vor. In einer Straße in Essen wurde in der Nähe des Hotels Kaiserhof, wo der französische Oberingenieur Coste und 30 bis 40 andere Zivilingenieure wohnen, eine Bombe geschleudert. Es entstanden keine Unglücksfälle. Die Explosion zertrümmerte die Hotelfenster. Das Hotel wird Tag und Nacht von französischen Soldaten bewacht, der Bombenwerfer entkam aber.

Elektrizität wird abgeschnitten

Essen, 20. Febr. — Die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke beschlossen, Essens Elektrizitätslieferung abzuschneiden, weil Direktor Bußmann von der hiesigen Anlage eine Geldbuße von fünf Millionen Mark auferlegt worden ist. Infolge der gestrigen Verwundung von zwei französischen Soldaten griffen die Franzosen zu schärferen Maßnahmen. Infanterie besetzte die Polizeikaserne, den Polizisten wurden ihre Waffen weggenommen, der Polizeichef ist in Haft. Oberbürgermeister Havenstein von Oberhausen, Vizebürgermeister Schäfer von Essen und Direktor Bußmann von der elektrischen Beleuchtungsanlage wurden durch ein Kriegsgericht wegen Verletzung französischer Anweisungen bestraft.

Der Brandenburger Volksbund wird 500,000 Kinder aus dem besetzten Gebiet wegbringen.

Je schroffer und gewalttätiger Franzosen vorgehen, desto einiger werden Deutsche im Widerstande.

Beamten der deutschen Regierung sagten, das von den Franzosen erlassene Verbot der Ausfuhr aller Erzeugnisse des Ruhrgebiets nach den unbesetzten Teilen Deutschlands werde nur die Wirkung haben, die Deutschen noch einiger zu machen und in ihrem passiven Widerstande gegen die französische Brutalität zu stählen. In der Wilhelmsstraße wurde erklärt, daß die französische diktatorische Verfügung, durch die Mitgliedern der deutschen Regierung verboten wird, das Ruhrgebiet zu betreten, mißachtet werden würde. Diese Pariser Ukasse scheinen die Deutschen nur noch hartnäckiger zu machen. Der Besuch des Präsidenten Ebert in Karlsruhe veranlaßte dort eine neue Kundgebung der Einheit des deutschen Nordens und Südens in dem Kampfe gegen die Gewaltmaßnahmen der Franzosen.

Nach Berichten aus Warschau drängt Frankreich immer stärker in Polen, in Schlesien einzudringen und die dortigen Kohlengruben in Besitz zu nehmen. Auch sollen die Franzosen sich aufs äußerste bemühen, die Sowjetregierung zu der Erklärung zu bringen, daß sie nicht eingreifen werde, weil ohne diese Versicherung Polen nicht wagt, gegen Deutschland vorzugehen.

In deutschen Handelskreisen und selbst in Regierungskreisen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Frankreich deutsche Schiffe fortnehmen möge in seinem Bemühen, Deutschland zur Unterwerfung zu zwingen.

Frankreich soll im Sinne haben, Deutschland den Krieg zu erklären, um frei handeln zu können

Washington, 20. Febr. — In einem in Washington eintreffenden Berichte wurde erklärt, daß die französische Regierung im Sinne habe, Deutschland den Krieg zu erklären, um vollständig freie Hand für militärische Operationen zu haben. Zugleich wurde aber auch von maßgebender Stelle erklärt, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, zu siegen oder unterzugehen, in der sicheren Erwartung, daß im letzteren Falle Frankreich von der dann folgenden Woge des Bolschewismus verschluckt werden würde.

Frankreich sucht unter seinen Politikern nach einem Gouverneur für Ruhrgebiet.

Paris, 20. Febr. — Den Beweis dafür, daß Frankreich das Ruhrgebiet als erobertes Gebiet betrachtet, liefert die Auskunft, daß zuerst bei Louis Loucheur und dann bei Andre Tardieu unoffiziell angefragt worden ist, ob sie willens seien, Gouverneur des Ruhrgebiets zu werden. Beide lehnten die Ernennung ab. Tardieu ist der bitterste Gegner Poincares in der Deputiertenkammer, und Loucheur verwirft die Besetzung des Ruhrgebiets.

Finanzminister Lasteyrie machte bekannt, daß Frankreich unverzüglich Staatsbonds für 13,000,000,000 Francs ausgeben werde.

Die Zeitung La Liberte nahm Bezug auf die „Schlacht von Gelsenkirchen," in der ein deutscher Polizist getötet und zwei französische Gendarmen verwundet wurden, und sagte: „Solche Vorfälle werden immer häufiger."

Amtlich wurde erklärt, daß in Zukunft die Städte, in denen sich solche Vorfälle ereignen, schwere Geldstrafen zu zahlen haben würden.

Bis jetzt ist das ganze Ergebnis der Besetzung des Ruhrgebiets gewesen, daß Frankreichs Ausgaben gestiegen sind, ohne daß auch nur annähernd so viel Kohlen, Koks und Rohstoffe von Deutschland erlangt worden sind, wie dieses vorher lieferte.

Es wird jetzt zugegeben, daß das Ruhrunternehmen nur erfolgreich sein kann, wenn Deutschland nachgibt, und auch nur dann, wenn Deutschland in der Lage ist, wieder Entschädigungszahlungen zu leisten.

Inzwischen wird aber eifrig darauf hingewiesen, daß, solange Frankreich das Ruhrgebiet in Besitz behält, es keinen Angriff seitens Deutschlands zu fürchten habe, und dieses Bewußtsein sei alle Anstrengungen und Ausgaben wert.

Bonar Law teilt britischem Parlamente mit, Frankreich habe Furcht vor Deutschland.

London, 20. Febr. — Premierminister Bonar Law erklärte im Hause der Gemeinen nach der Wiedereröffnung des Parlaments, daß er trotz der schwierigen Lage im Nahen Osten nicht glaube, daß Krieg zu erwarten sei. Betreffs der Besetzung des Ruhrgebiets seitens Frankreichs sagte der Premierminister, daß Frankreich eine Bahn betreten habe, die nicht nur Unheil für Deutschland, sondern auch für Frankreich bedeute. Premierminister Poincare habe sich kurzerhand geweigert, den britischen Vorschlag als Basis für Erörterung auch nur in Erwagung zu ziehen. England habe 25,000,000,000 Goldmark als die höchste Summe die Deutschland zahlen könne, ansetzen wollen, aber Poincare habe auf Besetzung des Ruhrgebietes bestanden und auf Beibehaltung des ursprünglich festgesetzten Entschädigungsbetrages. Frankreichs Weigerung, den britischen Vorschlag anzunehmen, habe Furcht vor Deutschland zugrunde gelegen. Er glaube, daß Frankreich Entschädigung

(Fortsetzung auf Seite 5.)

„Deutschland muß geholfen werden"

Erklärt Harold Knutson von Minnesota im amerikanischen Kongreß.

Washington, 20. Febr. — Kongreßabgeordneter Harold Knutson aus Minnesota griff in einer eindrucksvollen Rede im Hause den französischen Einfall in das Ruhrtal an. Er zog hierbei einen Vergleich zwischen den deutschen Ausschreitungen im Weltkrieg und solchen, welche Heere in anderen Kriegen begingen. Er erwähnte ganz besonders Sherdians Feldzug im Shenandoah Tal. Die Rede von Knutson war eine Werbung um Teilnahme für Deutschland und die Erinnerung, daß der Abgeordnete im Jahre 1917 gegen den Krieg gestimmt hat, trug dazu bei, um die Leidenschaft solcher Kollegen, die im Krieg gedient und anderer, die sich in ihren patriotischen Gefühlen verletzt glaubten, zu erregen. Ein Abgeordneter meinte, Knutson habe in seiner Rede die kaiserliche Standarte entfaltet.

Es ist eine Tatsache, erklärte Knutson, daß Frankreich die deutsche Republik nicht blos in militärischer Hinsicht, sondern auch wirtschaftlich unschädlich zu machen sucht. Die Geburtsrate von Deutschland, sagte er, sei es, welche Frankreich beständig Sorge mache.

Vom Abschluß des Waffenstillstandes an, fuhr der Abgeordnete fort, hat Frankreich alles, was es konnte, getan, um den Stolz des deutschen Volkes zu demütigen.

Frankreich sandte Tausende von Senegalesen, Araber und anderen afrikanischen Truppen in das besetzte Deutsch-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Letzte Nachrichten

Edmonton, Alta. — Richter Tweedie verurteilte den Mich. Trubchuk zu 7 Jahren Zuchthaus, weil er seinen Laden angesteckt hatte, um die Versicherungssumme von $5,350 zu kollektieren. Der Richter erließ eine ernste Warnung an alle, die eine derartige „Kollektionsmethode" versuchen sollten.

Buchanan, Sask. — Die Leiche des John Hanishawski wurde dieser Tage gefunden. Er war in dem schweren Blizzard Dienstag Abend erfroren.

London. — Im Parlament brachte Ex-Premier Lloyd George eine Resolution ein, die dahin ging, daß der Völkerbund und die Ver. Staaten eine Konferenz abhalten sollten, um die deutsch-französische Krisis zu beseitigen und zu untersuchen, wie viel Deutschland zahlen könne. Die Resolution fiel bei der Abstimmung durch. Liberale und Arbeiter stimmten geschlossen für sie.

Berlin. — Reichskanzler Cuno sagte in einer Rede vor dem Landwirtschaftsrat, daß man sich auf einen langen Kampf im Ruhrgebiet gefaßt machen müsse, und erklärte: „Wir werden den geraden Weg, den wir betreten haben, nicht verlassen. Deutschlands Macht liegt nicht in der Waffengewalt, sondern in dem viel mehr wirksameren passiven Widerstand, über welchen keine Macht in der Welt imstande sein wird, zu triumphieren."

Winnipeg, Man. — Premierminister Bracken hat versprochen, bald ein Gesetz zur Etablierung des „Wheat Board" einzubringen.

Nachricht, daß Frankreich Polen 400,000,000 Francs geliehen, ruft in Washington Entrüstung hervor.

Washington, 20. Febr. — In hiesigen Regierungskreisen wurde Erstaunen darüber geäußert, daß Frankreich Polen ein Darlehen von 400,000,000 Francs gewährt hat, nachdem soeben die französische Regierung den Ver. Staaten hat mitteilen müssen, daß der schlechte Stand der französischen Finanzen irgend eine Vereinbarung für die Zahlung der französischen Schuld von $3,500,000,000 an die Ver. Staaten ausschließe.

Im Senate, wo gerade die Vorlage für die Ratifizierung der Vereinbarung über die Zahlung der britischen Schuld erledigt wurde, rief die Nachricht aus Paris sarkastische Bemerkungen hervor. Der republikanische Senator McCormick von Illinois bezeichnete die Anleihe als ein Hindernis für die wirtschaftliche Erholung Europas.

Der demokratische Senator Hitchcock von Nebraska sagte: „Kann es etwas Unverständlicheres geben, als daß Frankreich sich weigert, die Zinsen auf seine Schuld zu zahlen, und dann Polen Geld für Kriegszwecke leiht?".

Französische und belgische Schiffe erhalten in Kiel keine Kohlen mehr.

Kiel, 20. Febr. — Die Kohlenhändler in Kiel haben beschlossen, an französische oder belgische Schiffe, die durch den Kieler Kanal kommen oder den Hafen anlaufen, keine Bunkerkohle mehr zu liefern; verschiedenen Firmen wurde die Lieferung schon verweigert.

Nachrichten aus der Dominion

Parlaments-Verhandlungen und Anderes.

Die Untersuchung betreffs des Verbandes der Schiffahrtslinien auf den Großen Seen nimmt ihren Fortgang. Schon jetzt ist festgestellt worden, daß der Nutzen, den die Farmer des Westens durch Wiedereinführung des sog. Crows Nest Paß Agreement hatten, durch die übermäßig hohen Seefrachten wieder zunichte gemacht wurden. Die Schiffahrtslinien kamen einfach zusammen und setzten mit Ausschluß der Konkurrenz die Frachtraten hinauf und der Farmer mußte mal wieder zahlen. Was er an Eisenbahnfracht sparte, mußte er nun wieder den Schiffsmagnaten geben. Es zeigt das mal wieder, wie frech das Kapital arbeitet und wie viel Mittel und Wege es hat, um zu seinen Profiten zu kommen.

Premier King zeigt Mut.

Der Abgeordnete Irwine (Calgarry) brachte eine Resolution ein, die darauf hinauslief, der Regierung einen Teil der Verantwortlichkeit zu nehmen und sie dem ganzen Parlament zu übertragen. Der Wortlaut der Resolution besagte, daß eine Niedertimmung eines Regierungsvorschlags die Regierung nicht sofort zwingen solle, die Zügel aus der Hand zu legen. Er meinte, bei der delikaten Regierungsmehrheit wäre dies notwendig, denn es wäre ihm und andern Unabhängigen ein unangenehmer Gedanke, immer, wenn sie gegen Regierungsvorschläge stimmten, den Eindruck zu haben, als wären sie darauf aus, eine Neuwahl zu forcieren. Sowohl die Alberta wie auch die Nova Scotia Legislatur hätten ähnliche Regeln angenommen und er sehe nicht ein, warum das Dominion-Parlament nicht dasselbe tun solle. Es laufe in der Praxis darauf hinaus, daß die Verantwortlichkeit mehr von der Regierung fortgenommen und dem Parlament übertragen werde.

Premierminister King erklärte sich gegen diese Resolution. Die parlamentarische oder konstitutionelle Praxis dürfe nicht so leicht geändert und umgestoßen werden, denn sie sei die altbritische und habe die Probe der Jahrhunderte bestanden. Man wäre vielleicht geneigt, anzunehmen, daß die gegenwärtige Regierung diese Gelegenheit, einen Teil der Verantwortlichkeit aufs Parlament zu wälzen, mit Freuden begrüßen würde, aber das sei nicht der Fall. Es sei für die ganze Frage belanglos, wie viele Parteien im Parlament seien, denn wenn eine Regierung keine Mehrheit für ihre Maßnahmen und Vorlagen zusammenbringen könne, so habe sie eben keine Daseinsberechtigung. „Wenn eine Regierung gelegentlich einer Abstimmung über eine von ihr vorgebrachte Maßnahme niedergestimmt wird, ist es ihre Pflicht, das Amt niederzulegen."

Eine Anzahl der progressiven Abgeordneten sprach zu der Resolution in dem Sinne, daß eine Niedertimmung nicht immer ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeute. Man müsse in solchen Fällen immer erst ausfinden, warum die Abstimmung so ausgefallen sei und man müsse mehr das Prinzip des Parlaments-Verantwortlichkeit einführen. Das Parlament sei doch eigentlich mehr als die Regierung. Man ersieht aus diesen Ausführungen, daß die Progressiven mehr nach einer Parlaments-Regierung streben anstatt nach einer Partei-Regierung.

Oppositionsführer Meighen war gegen die Resolution, denn man habe gelegentlich der Jahre, wo eine Koalitionsregierung bestanden, schlechte Erfahrung gemacht. Er sagte, eine Regierung habe immer das Recht, das Amt niederzulegen. Dieses Recht werde zur Pflicht, wenn wichtige Maßnahmen der Regierung nicht die Mehrheit im Parlament hinter sich hätten und wenn daraus auch mehr oder weniger deutlich hervorgehe, daß die Regierung nicht mehr das volle Vertrauen der Wähler besitze.

Robert Forke, Führer der Progressiven, sagte, die Debatte habe bewiesen, daß es nur zwei Parteien im Parlament gäbe: die Progressiven und alle andern. Man solle bedenken, daß die Verhältnisse, und Zustände im ganzen Lande heute ganz andere seien wie früher. Das Volk verliere mehr und mehr das Vertrauen auf die herrschende Regierungsform. Der Parlamentarismus werde mehr und mehr eine lächerliche Sache.

Bei der Abstimmung fiel die Resolution mit 102 gegen 53 Stimmen durch.

Mehr Abgeordnete für den Westen.

Die Regierung hat eine Neueinteilung der Wahlkreise eingebracht, wonach der Westen eine bedeutende Anzahl neuer Abgeordneter erhält. Unter allen Provinzen des Westens erhält Saskatchewan die meisten neuen Wahlkreise.

Gemäß der Konstitution hat Quebec immer 65 Abgeordnete. Die Einwohnerzahl Quebecs wird dann mit 65 geteilt und die resultierende Zahl gibt die Anzahl der Bewohner an, die zu einem Abgeordneten im Dominion-Parlament berechtigt sind. Alle zehn Jahre wird so eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen und je nach der Bevolkerungsab- oder -Zunahme im Vergleich zu der Provinz Quebec wird die Zahl der Abgeordneten entweder erhöht oder verringert. Da die Bevölkerung im Westen ein Vergleich zu Quebec zugenommen hat, erhält der Westen mehr Abgeordnete, Provinzen des Ostens dagegen weniger, als sie bis jetzt hatten. Das nächste Parlament wird gemäß dieser Vorlage 245 Abgeordnete haben anstatt der jetzigen 239.

Gegen Entlastung Deutschlands.

James S. Woodsworth, Arbeiter-Abgeordneter von Centre Winnipeg im Dominion Parlament, brachte eine Resolution ein, dem deutschen Volk die Canada schuldige Kriegsentschädigung zu erlassen. Herr Woodsworth meinte, das heutige Deutschland sei nicht mehr dasselbe wie das des „Obersten Kriegsherrn" von früher. Andere Völker, neben dem deutschen, hätten ja auch Kriegs- und Angriffspläne gemacht. Die britischen, französischen und belgischen General- und Admiralstäbe hätten gleicherweise geheime Pläne und Abkommen getroffen. Deutschland könne also nicht allein schuldig sein. „Französische und russische Friedensliebe und Kriegs-Unbereitschaft wären nur als Mythen für das gewöhnliche Volk anzusehen." Natürlich schlug diese Rede wie eine Bombe ein und alle Parteiführer erklärten sich geharnischt dagegen und erklärten, daß, wenn Deutschland entschuldigt würde, dann würden damit die Alliierten und die Ver. Staaten beschuldigt und verdammt.

Robert Forke, der Führer der Progressiven, meinte, daß Woodsworth sicher die besten Absichten mit seiner Resolution gehabt habe, aber die großen Opfer, die Canada und die anderen Alliierten gebracht hatten, seien zu groß und noch zu frisch in der Erinnerung, als daß man sie leicht übersehen konnte. Wenn man sich an die berichteten Grausamkeiten erinnere, müßte man zu dem Schluß kommen, daß die Zeit zum Vergeben und Vergessen noch nicht gekommen sei.

Herr Irwine, der Arbeiter-Vertreter von Calgary, sagte, daß die Resolution harmlos sei und manches Gute bringen möge für die Völker der Erde. Er habe selbst einen Bruder im Krieg verloren, aber sei nicht blutdürstig wie die Minister Murdock und Stevens zu sein schienen, deren Reden durchtränkt gewesen seien von dem barbarischen Gedanken des „Auge um Auge — Zahn um Zahn." Wir sollten nicht um deutsche Mark schachern, wenn es sich um Erhaltung des Weltfriedens handle.

Verschiedene Redner nannten Herrn Woodsworth einen Bolschewisten und sagten, sie seien froh, daß es nicht mehr seines gleichen in Canada gebe.

Hon. Arthur Meighen, Oppositionsführer, sprach sich besonders scharf gegen Deutschland aus. Er sagte, man hätte Deutschland schon 1871 für die Verbrechen des damaligen Krieges strafen sollen. Er kam auf die Grausamkeits-Märchen zurück und sagte, die Zeit sei noch nicht gekommen, wo man den „Schlächtern von Kindern vergebend zurufen könne: „Gehe hin und sündige hinfort nicht mehr." Wenn man Deutschland die Schulden erlasse, würde das soviel bedeuten, als neue Angriffs- und Raubkriege zu begünstigen.

Premierminister King sagte, daß Großbritannien 22 Prozent von der Kriegsentschädigung zu bekommen habe und von diesem Betrag sei Canada zu 4.35 Prozent berechtigt. Die Schuld sei eine gesetzlich anerkannte Schuld

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Saskatchewan Legislatur. — Die Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet.— Nachrichten aus der Dominion. — Letzte Nachrichten aus aller Welt.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Unterhaltendes und Belehrendes.
S. 3—Eine Heldin des Weltkrieges. — Orgien des Weltkapitalismus. — Amerikas Handel.
S. 4—Aus canadischen Provinzen.
S. 5—Fortsetzung der Artikel von Seite 1.
S. 6—Für unsere Farmer. — Für unsere Hausfrauen. — Für die Kinder.
S. 7—Erzählung: „Die Sünden der Väter."
S. 8—Regina und Umgegend.
S. 9—Bischof der luth. Kirche Amerikas dankt für Hilfe. — Die Schande Frankreichs. — Novel.: Der Geächtete. Für luth. Leser: Volksvereins-Nachrichten.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Klassifizierte Anzeigen des Courier. Korrespondenzen.
S. 12—Schluß der Weltumschau von Seite 2. — Am Rhein und der Saar. — Ein scharfes italienisches Urteil über den Ruhr-Abenteuer. — Andere diesbezügliche Urteile.